

NIEDERSCHRIFT

über die 16. Sitzung des Bauausschusses

vom:	14.08.2000
von:	14.30 Uhr
bis:	17.10 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Bauausschuss:

Stv Schulte, Werner - als Vorsitzender -
AM Flender, Friedhelm
Stv Gaden, Helga
AM Grünekle, Klaus-Joachim
AM Gunsenheimer, Christian
Stv Hellmann, Horst
Stv Panthöfer, Ulrich
Stv Reitz, Manfred
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Schneider, Manfred
AM Schultz, Walter
Stv Siebel, Helmut
AM Wagener, Eckhard

II. Beratende Mitglieder:

AM Berner, Hans
Stv Dr. Schultze, Reinhold - für AM Delius, Friedmund -

III. Als Zuhörer:

AM Leonhardt, Traugott
AM Vogler, Alfred

IV. Von der Verwaltung:

StBR Brune
Städt. VD Mengel

Städt. OVR Kühn - ab 14.50 Uhr -
Dipl.-Ing. Schul
Städt. BD Bonstein
Dipl.-Ing. Krieger
Städt. VR Sondermann
Dipl.-Ing. W. Wagener

Dipl.-Ing. Lüster - bis nÖT -
StA Kölsch - bis 15.00 Uhr -
Dipl.-Ing. Schlenther
StOI Schöler - als Schriftführer -

Zur Tagesordnung:

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um Punkt 12 zu erweitern.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (CDU)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Grüneklee bestimmt.

16. BA 14.08.2000

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 19.06. und 17.07.2000

Die Niederschrift über die Sitzung vom 19.06.2000 wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

In der Niederschrift über die Sitzung vom 17.07.2000 ist in den Ausführungen zur Besichtigung des Klafelder Marktes der erste Halbsatz des letzten Satzes zu strei-chen, so Herr Reitz, da keine Meinungsbildung zur fußläufigen Erreichbarkeit des Parkplatzes unter der HTS vom Klafelder Markt aus stattgefunden hat.

Unter Berücksichtigung dieser Anmerkung wird die Niederschrift über die Sitzung vom 17.07.2000 bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

16. BA 14.08.2000

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

16. BA 14.08.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

16. BA 14.08.2000

5. Bebauungsplan Nr. 314 „Papierfabrik“ im Stadtteil (Alt-)Siegen; hier: - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB

Vorlagennr. 567/00 - Vorlage vom 21.07.2000 -

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 2 (1) BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 314 "Papierfabrik" im Stadtteil (Alt-) Siegen.

Das Plangebiet (siehe Übersichtsplan als Anlage zur Vorlage) liegt in der Gemarkung Siegen Flur 29 und wird wie folgt begrenzt:

Im Norden u. Nordwesten von der Gleisanlage der Deutschen Bahn AG,
im Süden von dem Flusslauf der Sieg,
im Osten von den Grundstücken Flur 29 Flurstücke 734, 735
und 1047 tw.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

16. BA 14.08.2000

6. **Bebauungsplan Nr. 313 „Weiß / Lohgraben“ im Stadtteil (Alt-)Siegen;**
hier: - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB

Vorlagenr. 570/00 - Vorlage vom 28.07.2000 -

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 2 (1) BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 313 "Weiß / Lohgraben" im Stadtteil (Alt-)Siegen.

Das Plangebiet (siehe Übersichtsplan als Anlage zur Vorlage) liegt in der Gemarkung Siegen Flur 32 und wird wie folgt begrenzt:

Im Norden von der Straße "Am Lohgraben",
im Osten von der Straße "Hainer Hütte" und der Marienborner Straße,
im Süden von dem Bachverlauf der Weiß und der Frankfurter Straße,
im Westen von der Straße "Flurenwende".

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

16. BA 14.08.2000

7. **Wegeinziehung (Teileinziehung) in der Stadt Siegen;**
Benutzungsbeschränkung in der Morleystraße für das Teilstück von Parkhaus Morleystraße/Sparkasse Siegen bis zur Einmündung in die Bahnhofstraße

Vorlagenr. 572/00 - Vorlage vom 29.06.2000 -

Herr Reitz ist der Ansicht, dass der Radfahrverkehr nicht in die Benutzungs-beschränkung integriert werden sollte, da eine Gefährdung der zahlreichen Fußgänger in diesem Bereich (insbesondere älterer Menschen und Kinder) zu sehen ist. Er beantragt daher, im Beschlussvorschlag in der vierten Zeile die Worte: ", den Radfahrverkehr" zu streichen.

Herr Siebel vertritt die Auffassung, dass den Radfahrern zuzumuten ist, ihr Rad über die betreffende Strecke zu schieben.

Er kann sich entgegen der bisherigen Äußerungen dem Beschlussvorschlag der Verwaltung vollständig anschließen, so Herr Schneider.

Herr Gunsenheimer sieht keine Gefährdung der Fußgänger, wenn die Fahrrad-führung entsprechend markiert wird und beantragt, den Beschlussvorschlag dies-bezüglich zu erweitern.

Beschlussvorschlag (mit Erweiterung auf Antrag von Herrn Gunsenheimer):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1995 (GV NW S. 1028/SGV NW 91) die Teileinziehung (Benutzungsbeschränkung auf den Fußgängerverkehr, den Radfahrverkehr sowie Anlieger- und Andienungsverkehr) des Teilstückes der Morleystraße zwischen Parkhaus Morleystraße/Sparkasse Siegen und der Einmündung in die Bahnhofstraße. Der Radfahrverkehr ist auf einem markierten Radweg über diese Strecke zu führen.

Beratungsergebnis: 4 Stimmen dafür, 8 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Beschlussvorschlag (unter Berücksichtigung der von Herrn Reitz beantragten Streichung):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1995 (GV NW S. 1028/SGV NW 91) die Teileinziehung (Benutzungsbeschränkung auf den Fußgängerverkehr, ~~den Radfahrverkehr~~ sowie Anlieger- und Andienungsverkehr) des Teilstückes der Morleystraße zwischen Parkhaus Morleystraße/Sparkasse Siegen und der Einmündung in die Bahnhofstraße.

Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür, 5 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

16. BA 14.08.2000

8. **Ausbau der Straße „Rotdornweg“ in Volnsberg**
 - Prüfung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen des Verfahrens gem. § 125 Abs. 2
 Baugesetzbuch (BauGB)
 - Beschluss zum Ausbau des Rotdornweges

Vorlagenr. 574/00 - Vorlage vom 24.07.2000 -

Beschluss:

1. Über die anlässlich der Bürgerbeteiligung sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Einwendungen im Verfahren nach § 125 Abs. 2 BauGB beschließt der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen wie folgt:

zu 1.11

Die Hinweise der RWE werden zur Kenntnis genommen.

zu 1.12

Der Hinweis der Deutschen Telekom AG wird zur Kenntnis genommen.

zu 1.13

Der Hinweis der Siegener Versorgungsbetriebe wird zur Kenntnis genommen. Technische Einzelheiten der Baudurchführung werden rechtzeitig vor Baubeginn abgestimmt.

zu 1.14

Es handelt sich nicht um eine Einwendung. Eine Stellungnahme erübrigt sich.

zu 1.15

Den Anregungen des Einwenders Rotdornweg 5 wird gefolgt.

zu 1.16

Der Anregung des Einwenders Rotdornweg 4 auf Verringerung des Querschnittes wird nicht gefolgt.

zu 1.17

Es handelt sich nicht um eine Einwendung. Die Fragen werden im Rahmen des Bebauungsplanes Weißdornweg beantwortet. Eine Stellungnahme erübrigt sich.

zu 1.18

Die Anregung des Einwenders Rabenhainstr. 114 auf Einrichtung einer Einbahnstraße wird abgelehnt.

zu 1.19

Der Anregung des Einwenders Hinterste Gärten 4 auf Öffnen der Mauer für den geplanten Carport wird gefolgt.

zu 1.20

Der Anregung des Einwenders Hinterste Gärten 6 wird gefolgt. Die Einzelheiten werden im Gestattungsvertrag geregelt.

zu 1.21

Der Anregung der Einwender Rotdornweg 3 wird nicht gefolgt. Die Straße wird endgültig hergestellt und abgerechnet.

zu 1.22

Der Anregung des Einwenders Rotdornweg 6 wird nicht gefolgt. Die Straße wird endgültig hergestellt und abgerechnet.

zu 1.23

Es handelt sich nicht um eine Einwendung. Eine Stellungnahme erübrigt sich.

2. Die endgültige Herstellung der Erschließungsanlage "Rotdornweg" erfolgt gemäß dem in der Sitzung vorgestellten Plan vom 07.02.2000 (siehe Anlage 1 zur Vorlage).

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

16. BA 14.08.2000

9. **Bericht zum Haushaltsvollzug im Budgetbereich Fachbereich 7**
- Städtebau und Umwelt / Stand 30.06.2000 Verwaltungshaushalt / Stand 31.07.2000 Vermögenshaushalt

Vorlagenr. 575/00 - Vorlage vom 31.07.2000 -

Fazit:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

16. BA 14.08.2000

10. **Bericht über den Haushaltsvollzug zum 30. Juni 2000 (II. Quartal) im Budgetbereich des Fachbereiches 8**

Vorlagenr. 576/00 - Vorlage vom 24.07.2000 -

Fazit:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

16. BA 14.08.2000

11. Geplante Offenlegung des Fludersbaches und Neuverlegung des Abwasserkanals im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 310 „Seilereiweg / Fludersbach“

- mündlicher Bericht -

Herr Schul legt dar, dass im Rahmen der Überlegungen zur Umnutzung der ehe-maligen Obdachlosen- und Übergangs-Wohnanlage Fludersbach, Seilereiweg, in der gemeinsamen Sitzung des Bauausschusses und des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften am 13.08.1998 und im Haupt- und Finanz-ausschuss am 19.08.1998 die Verwaltung beauftragt wurde, die Vorentwurfsplanung auf Grundlage der Variante C zu erstellen. Hiernach war unter anderem eine teilweise Offenlegung des Fludersbaches vorgesehen.

Anhand einer Folie präsentiert er das vom Mathiasweg entlang des Seilereiweges bis zu dessen Einmündung in die Straße Fludersbach verlaufende Teilstück (rd. 270 - 280 m), auf dem nach derzeitigem Planungsstand die Bachverrohrung offengelegt werden soll. Den Flächenverlust beziffert er auf ca. 2.500 - 2.800 qm.

Von einer steileren Böschungsgestaltung zur Minimierung des Flächenverlustes rät er ab.

Nach den Planungen des Eigenbetriebes der Stadt Siegen soll das neue Gebiet auch abwassertechnisch erschlossen werden.

Herr Lüster erläutert, dass die einer Verbesserung des Stadtbildes dienende und im Rahmen des Bürgerbeteiligungsverfahrens befürwortete Offenlegung mit Zuschüssen gefördert wird. Die Kostenschätzung der Offenlegung beläuft sich nach Förder-antrag auf 600 TDM, die Landeszuwendung beträgt 80 % der zuwendungsfähigen Kosten.

Die Neuverrohrung würde Kosten i. H. v. 400 - 500 TDM verursachen, durch zusätzlich erforderliche Gründungsmaßnahmen wäre jedoch mit ähnlichen Kosten wie bei der Offenlegung zu rechnen.

Herr Schneider fragt, ob im Falle einer Neuverrohrung ebenfalls mit Zuschüssen zu rechnen ist.

Herr Reitz möchte wissen, ob unkontrollierte Abwässer aus dem Bereich der Deponie zu befürchten sind.

Den „Erlebnischarakter“ eines offenen Fließgewässers in dem dargestellten Bereich stellt Herr Dr. Schultze in Frage. Er befürchtet weiterhin eine Geruchsbelästigung.

Herr Gunsenheimer sieht keinen Konflikt in der geplanten Offenlegung, wenn man vor dem Hintergrund des entstehenden „Gewerbeparks“ den Wunsch nach einem ansprechenden Erscheinungsbild von Gewerbegebieten hegt. Außerdem verweist er auf die bestehende Beschlusslage, die Diskussion hält er für überflüssig.

Den von Herrn Schul bezifferten Flächenverlust bezeichnet Herr Schulte als nicht unerheblich. Auf einer Fläche dieser Größenordnung kann mindestens ein zusätzlicher Gewerbebetrieb angesiedelt werden, der kurzfristig für Einnahmen in Form von Erschließungsbeiträgen und langfristig für Gewerbesteuererinnahmen sorgt. Vor dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit ist unter Umständen die bestehende Beschlusslage zu korrigieren.

Herr Schneider beantragt, die Verwaltung zu beauftragen, eine Vorlage zu den angesprochenen Punkten zu erstellen, die unter Beteiligung der betreffenden Fach-ausschüssen bis zum Haupt- und Finanzausschuss bzw. Rat zu beraten ist. Das weitere Verfahren ist bis dahin auszusetzen.

Herr Reitz fordert in der von Herrn Schneider beantragen Vorlage konkrete Aussagen zu den Kosten einer Offenlegung bzw. einer Neuverrohrung incl. Klärung der Zuschussfrage. Weiterhin sind die Flächenverluste bei einer Offenlegung darzustellen.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Schneider):

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Vorlage zu erstellen, auf deren Basis eine Entscheidung getroffen werden kann, ob der Fludersbach in dem Bereich vom Mathiasweg entlang des Seilereiweges bis zu dessen Einmündung in die Straße Fludersbach offengelegt oder neuverrohrt werden soll. Das weitere Verfahren wird bis dahin ausgesetzt.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen (BÜNDNIS 90/
Enthaltungen

DIE GRÜNEN), 0

16. BA 14.08.2000

12. Sachstandsbericht über die baulichen Maßnahmen am Museum für Gegenwartskunst

- mündlicher Bericht -

Aufgrund eines Zeitungsberichtes, der vorgesehene Eröffnungstermin des Museums für Gegenwartskunst am 17.09.2000 könne nicht gehalten werden, gibt Herr Brune einen Sachstandsbericht.

Die Aussage der Zeitung, dass möglicherweise erst im Mai 2001 eröffnet werden könne, weist er zurück.

Tatsächlich kam es zu baulichen Verzögerungen der Maßnahme, die sich auf mehrere Tatbestände zurückführen lassen.

Einige Gewerke wurden nicht fristgerecht ausgeführt, säumige Firmen daher angemahnt. Weiterhin hat es im Management Koordinationsprobleme gegeben. Sowohl der Trägerverein als auch der beauftragte Architekt hatten während der Bauausführung Sonderwünsche geäußert, die zum Teil eingearbeitet wurden.

Aus diesen Gründen hatte er bereits in der Sitzung am 19.06.2000 auf mögliche Probleme bei der Einhaltung des Eröffnungstermines hingewiesen.

Nach Aussage des Trägervereines wird dieser das Gebäude nach Beendigung aller Bauarbeiten übernehmen und bis zur Eröffnung noch drei Monate Zeit benötigen. Den Übernahmetermin prognostiziert Herr Brune auf Mitte November.

Herr Krieger weist auf eine bevorstehende Besprechung des Projektsteuerers und des Bauleiters am 15.08.2000 hin, in der die Fortschreibung des Bauzeitenplanes diskutiert wird.

Die Räume im Altbau sind weitestgehend fertiggestellt, im Neubau kam es u. a. auch wetterbedingt zu Verzögerungen. Vorbehaltlich der Fortschreibung des Bauzeitenplanes kann das fertiggestellte Gebäude voraussichtlich im November übergeben werden.

Herr Hellmann bezeichnet die Verzögerungen als bauliche Misere. Er kritisiert, dass die Bauleitung in zu vielen Händen liegt. Er fordert, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und in Regress zu nehmen.

Unter Verweis auf die VOB hätte man Möglichkeiten gehabt, Druck bezüglich der Termineinhaltung auf die bauausführenden Firmen auszuüben, so Herr Siebel.

Mit Herrn Hellmann ist er der Meinung, dass die Verantwortlichen mit Konsequenzen rechnen müssen.

Herr Panthöfer schließt sich seinen Vorrednern an.

Die Ausschussmitglieder Leonhardt und Dr. Schultze warnen davor, die zugegebenermaßen bedauerliche Angelegenheit unnötig aufzubauschen. Das Ziel und nicht der Weg dahin sollte jedoch im Vordergrund stehen.

Herr Schulte befürchtet einen erheblichen Imageverlust für die Stadt Siegen. Dies kann nicht kritiklos hingenommen werden. Die künftigen Regressforderungen gegenüber den Verantwortlichen haben in enger Zusammenarbeit mit dem städtischen Rechnungsprüfungsamt zu erfolgen.

Fazit:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

16. BA 14.08.2000